

Persönliche Freiheit

Stefan Degen, Landrat FDP, Gelterkinden

Als Politiker stellt man sich immer wieder die Frage, wie sehr die persönliche Freiheit der Bürger eingeschränkt werden soll, um eine Sache besser zu machen. Die persönliche Freiheit stehe immer hintenan, denn Ziel sei es, das Kollektiv voranzubringen, sagen die einen; die persönliche Freiheit gehe über alles, sagen die andern. Auch ich gehöre überwiegend zur zweiten Sorte, da ich der festen Überzeugung bin, dass kollektive Lösungen fast nur Verlierer schaffen. In einer Gemeinde funktioniert das noch, weniger jedoch in einem Kanton, selten in einem Staat und eigentlich gar nicht in einem supranationalen Gebilde wie zum Beispiel der Europäischen Union.

Natürlich, niemand will die Freiheit einschränken, getan wird es dennoch oft. Alles, was durch die

«Darf ich an mein denkmalgeschütztes Haus einen Wintergarten bauen?»

Staatskasse bezahlt wird, schränkt die finanzielle Freiheit des einzelnen Steuerzahlers ein wenig mehr ein. Er muss es ja bezahlen und hat dafür weniger Geld für seine eigenen Bedürfnisse. Das ist die finanzielle Freiheit beziehungsweise «Unfreiheit» der Gesellschaft. Es gibt jedoch auch die sachliche Freiheit. Diese regelt, was ich als Bürger im Staat darf. Darf ich zum Beispiel an mein denkmalgeschütztes Haus einen Wintergarten bauen? «Auf jeden Fall», meinen jene, die die persönliche Freiheit hochhalten, es sei ja das eigene Haus, damit solle man tun und lassen können, was man will. «Auf gar keinen Fall», meinen jene, die dem Kollektiv höhere Priorität einräumen, das verschandle das Ortsbild und der Einzelne müsse halt zurückstehen, damit die Allgemeinheit schöne Baselbieter Bauernhäuser sehe. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie schwie-



rig das Thema ist. Auch ich schätze die schönen Dörfer im Baselbiet. Ich stelle aber fest, dass hinter jeder dieser schönen Fassaden auch ein persönlicher, individueller Verzicht steht.

Unbestritten, die Leistungen einer Gesellschaft lassen sich auch an den Schwächsten und Langsamsten messen. So ist eine gewisse Solidarität wie etwa in der von der FDP Mitte des 20. Jahrhunderts vorangetriebenen AHV absolut sinnvoll. Die Frage ist aber immer, wie weit man als Gesellschaft zu gehen denkt. Hat es zum Beispiel Sinn, dass Menschen mit einem Nettoeinkommen von weit über 100 000 Schweizer Franken in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen, wie es eine aktuelle Initiative will?

Immer, wenn wir über Unterstützung, Solidarität, Ausgleich und die Gemeinschaft diskutieren, müssen wir auch darüber sprechen, was dies für den Einzelnen in Bezug auf seine finanziellen Möglichkeiten und Einschränkung seiner Handlungsfähigkeit bedeutet. Bringt es die Gesellschaft wirklich weiter, wenn alle mehr bezahlen müssen, und ein paar wenige, davon viele nicht Bedürftige, davon profitieren?

Darum betrachten Sie bei den nächsten Abstimmungen die Vorlagen auch einmal unter dem Gesichtspunkt, ob es hier angebracht ist, eine allgemeingültige Lösung zu schaffen, oder ob der Wert für die Gesellschaft nicht höher wäre, wenn auch in Zukunft jeder für sich selbst entscheiden kann.